

KOMMENTAR



Ehrliche Einsicht

Olaf Streubig
zum Rücktritt des Awo-Vorsitzenden
olaf.streubig@vrm.de

Der Schritt von Wolfgang Stasche ist richtig, aber er kommt spät. Erst durch die jüngsten Enthüllungen unserer Zeitung sah er keinen anderen Ausweg, gibt der langjährige Awo-Vorsitzende bemerkenswert ehrlich zu. Irgendwie weiterwursten war zuvor die Devise, nachdem Wirtschaftsprüfer vor vier Wochen allerlei Ungereimtheiten dokumentiert hatten.

Stasches gescheiterter Versuch, seine Vorstandskollegen zur gemeinsamen Demission zu bewegen, zeigt, dass nicht er die charismatische Führungsfigur bei der Wiesbadner Awo war. Stasche verkörperte mit seiner angenehmen, den Menschen zugewandten Art einen beliebten Vorsitzenden. Die Richtung der Awo gab aber die mächtige Geschäftsführerin Hannelore Richter vor. Ihrer Dominanz war Stasche in den vergangenen Jahren offenbar nicht gewachsen. Bezeichnend, dass er sein Rücktrittsschreiben lieber in den Briefkasten wirft und die direkte Konfrontation fürchtet. Umso überraschender sind nun seine deutlichen Worte und die harsche Kritik an der Geschäftsführung. Auch die eigenen Fehler benennt Stasche ungeschminkt. Mit dieser ehrlichen Einsicht und den eigenen Konsequenzen rettet er seine Reputation. Für einen Neuanfang im Kreisverband reicht der Rücktritt des Vorsitzenden nicht aus. Die Stellvertreter Elke Wansner und Jürgen Richter müssen Stasche folgen.

Die Stellvertreter müssen ebenfalls zurücktreten
bei der Wiesbadner Awo war. Stasche verkörperte mit seiner angenehmen, den Menschen zugewandten Art einen beliebten Vorsitzenden. Die Richtung der Awo gab aber die mächtige Geschäftsführerin Hannelore Richter vor. Ihrer Dominanz war Stasche in den vergangenen Jahren offenbar nicht gewachsen. Bezeichnend, dass er sein Rücktrittsschreiben lieber in den Briefkasten wirft und die direkte Konfrontation fürchtet. Umso überraschender sind nun seine deutlichen Worte und die harsche Kritik an der Geschäftsführung. Auch die eigenen Fehler benennt Stasche ungeschminkt. Mit dieser ehrlichen Einsicht und den eigenen Konsequenzen rettet er seine Reputation. Für einen Neuanfang im Kreisverband reicht der Rücktritt des Vorsitzenden nicht aus. Die Stellvertreter Elke Wansner und Jürgen Richter müssen Stasche folgen.

„Vorwürfe größtenteils berechtigt“

Wolfgang Stasche tritt als Vorsitzender der Wiesbadener Arbeiterwohlfahrt zurück und geht auf Distanz zur langjährigen Geschäftsführerin Hannelore Richter

Von Olaf Streubig

WIESBADEN. Der Vorsitzende der Wiesbadener Arbeiterwohlfahrt (Awo), Wolfgang Stasche, hat mit sofortiger Wirkung seinen Rücktritt erklärt. In einer persönlichen Erklärung legt der 78-Jährige die Gründe dar. „Es gab Geschäftsvorfälle, die nur schwerlich mit den Grundwerten eines Sozialverbandes, der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, zu vereinbaren sind“, schreibt Stasche und gibt sich selbst dafür einen Teil der Schuld. „Ich war zu vertrauensselig gegenüber der Geschäftsführung und habe nicht kritisch nachgefragt, wo dies besser erfolgt wäre.“ Konkret wird Stasche in seiner Mitteilung nicht, sagt auf telefonische Nachfrage am Sonntagmittag aber: „Die aktuellen Vorwürfe halte ich größtenteils für berechtigt.“ Am Samstag hatte diese Zeitung unter anderem über hohe Geschäftsführergehälter, Beraterverträge für die Chefs und Dienstwagen für Ehrenamtliche berichtet. Wirtschaftsprüfer waren bei der Awo auf zahlreiche Ungereimtheiten gestoßen. So habe die Awo dem heutigen Geschäftsführer Gereon Richter,

Sohn der damaligen Geschäftsführerin Hannelore Richter, auf dessen Hochzeit den DJ in Höhe von 2500 Euro bezahlt. Weitere Zahlungen werden aus Sicht der Wirtschaftsprüfer Fragen auf. Auch von möglichen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit ist die Rede.

„Ich musste in letzter Zeit erkennen, dass wir als die drei Vorsitzenden des Kreisverbandes unsere Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung nicht ausreichend wahrgenommen haben.“

Wolfgang Stasche

Die Awo ließ durch ihren Medienanwalt ausrichten, der Prüfprozess dauere noch an. Auch Stasches Dienstwagen ist im Prüfbericht Thema. „Ich bin zwar ehrenamtlicher Vorsitzender, aber bei bis zu 15.000 Kilometern für die Awo im Jahr halte ich den Dienstwagen für gerechtfertigt.“ Vor vier Jahren habe er den Wagen bekommen. Stasche stand der Awo insgesamt 20 Jahre vor und sucht im Gespräch mit dieser Zeitung nicht nach Ausflüchten: „Wir haben Fehler gemacht und müssen jetzt auch dazu stehen.“ Dass sein Kreisverband zuletzt überwiegend über Medienanwälte mit Pressevertretern kommuniziert hat, sei nicht seine Idee gewesen, betont Stasche: „Das kam alles über die Frankfurter Awo.“ Bekanntlich ist der dortige Kreisverband und sein hauptamtlicher Geschäftsführer Jürgen Richter (zugleich ehrenamtlich zweiter Vorsitzender der Wiesbadener Awo) seit geraumer Zeit wegen verschiedener Vorkommnisse in den Schlagzeilen. Die Frankfurter Neue Presse hatte zuerst darüber berichtet, dass es neben engen personellen Verbindungen der Kreisverbände Frankfurt und Wiesbaden auch fragwürdige Geldströme zwischen beiden Vereinen gibt. Unter anderem werden „Ehrenamtspauschalen“ an Hauptamtliche des jeweils anderen Kreisverbands gezahlt.

„Ich musste in letzter Zeit erkennen, dass wir als die drei

Vorsitzenden des Kreisverbands Wiesbaden unsere Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung nicht ausreichend wahrgenommen haben“, schreibt Stasche und bittet die Mitarbeiter und Ehrenamtlichen der Awo um Entschuldigung. Mit dem Gedanken an einen Rücktritt trage er sich bereits seit einigen Wochen, sagt Stasche im Gespräch. „Vor 14 Tagen habe ich bei meinen Stellvertretern Elke Wansner und Jürgen Richter angeregt, dass wir als Vorstand geschlossen zurücktreten.“ Bereits am 11. November war dem Awo-Vorstand der Bericht der Wirtschaftsprüfer mit den zahlreichen Ungereimtheiten zugegangen. „Ich habe die Prüfungen ja teilweise mit initiiert. Ich dachte, wir kriegen das hin“, sagt Stasche. „Als das dann am Samstag alles in der Zeitung stand, musste ich Konsequenzen ziehen.“ Stasche verlasste seine persönliche Erklärung und schickte sie am Samstag an verschiedene Medien. „Bei den Richters und bei Elke Wansner habe ich sie in den Briefkasten geworfen.“ Er habe bei dieser Nachricht bewusst keinen persönlichen Kontakt gewählt, erklärt er und sagt:

OB MENDE IN SORGE

► Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD) zeigt sich ob der Vorgänge rund um die Arbeiterwohlfahrt besorgt. „Mit dieser Entwicklung in den vergangenen Wochen habe ich nicht gerechnet“, sagt er und fordert „Die Wiesbadener Awo muss alles dringend und vorbehaltlos aufklären.“ Zwar habe die Awo die gleichen Wurzeln wie die Sozialdemokratie, unmittelbare Auswirkungen auf die Wiesbadener SPD befürchtete Mende, dessen Mutter stellvertretende Awo-Bundesvorsitzende war, aber nicht. Gefragt nach nötigen Konsequenzen in den Awo-Führungszirkeln, sagt Mende: „Das muss jeder für sich selbst entscheiden.“

Richtschnur ist der Awo-Governance-Kodex

Der Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler über Gehaltsstruktur, Beraterverträge und andere Wiesbadener Auffälligkeiten

Von Birgit Emmet

WIESBADEN. In Frankfurt wurde der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt von der außerordentlichen Krisensitzung ausgeschlossen, zu den Vorgängen in Wiesbaden und Frankfurt nahm er dennoch besorgte Stellung. Man habe, so die Botschaft aus Berlin, die Bundeszuschüsse an die beiden Kreisverbände eingeforen. Bis die Vorwürfe geklärt seien. Der Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler sieht bereits jetzt einen gewaltigen Imageverlust für den Wohlfahrtsverband und sagt auf Anfrage dieser Zeitung, dass man „Verstoßen mit allen verbandsternen, verbandspolitischen und rechtlichen Maßnahmen begegnen wird, die uns zur Verfügung stehen“.

Deutlich über den üblichen Gehältern

Als Richtschnur des Handelns müsse immer der Awo-Governance-Kodex aus dem Jahr 2017 gelten, sagt Stadler. Gemäß dessen Vorgaben gestalten sich auch die Vergütung der Geschäftsführungen. „Maßgeblich ist die regelmäßige Orientierung an der Besoldungsordnung A des öffentlichen Dienstes.“ Das sind in der höchsten Stufe A 16, vergleichbar etwa mit städtischen Amtsleitern,

zwischen 5500 und 7400 Euro plus Familienzuschlag von bis zu rund 730 Euro. Laut den bekanntgewordenen Feststellungen der Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2018 der Awo Wiesbaden betrug das Arbeitgeber-Gesamtbrutto bei der Geschäftsführerin Hannelore Richter 344.000 Euro, ihrem Stellvertreter Murat Burcu 254.000 Euro. Selbst wenn davon noch die Sozialabgaben und Pauschalsteuern für den Arbeitgeber abgezogen werden müssen, liegen diese Zahlen deutlich über den üblichen Gehältern der Sozialwirtschaft.

Zu Dienstwagenfrage: Grundsätzlich, sagt Stadler, sollte die Klasse etwaiger Dienstwagen für die Arbeit in einem Sozialverband angemessen sein. Ob aus anderen Kreisverbänden Zusatzvereinbarungen über Bonuszahlungen sowie Beraterverträge neben den ordentlichen Dienstverträgen bekannt seien? Stadler: „Beraterverträge beim eigenen Verband verstoßen gegen den Governance-Kodex.“ Der Kodex fordere zudem integriertes Verhalten der Geschäftsführungen. „Mit Handlungen, die dem Verband schaden, würde man gegen den Governance-Kodex verstoßen.“ Ob Dienstwagenpauschale oder andere Zusatzvereinbarungen: „Das Vorgehen darf nicht dazu führen,



Awo-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler. Foto: Awo

dass indirekt eine unangemessene Vergütung erfolgt, und es darf kein Schaden für den Verband entstehen – die Regeln

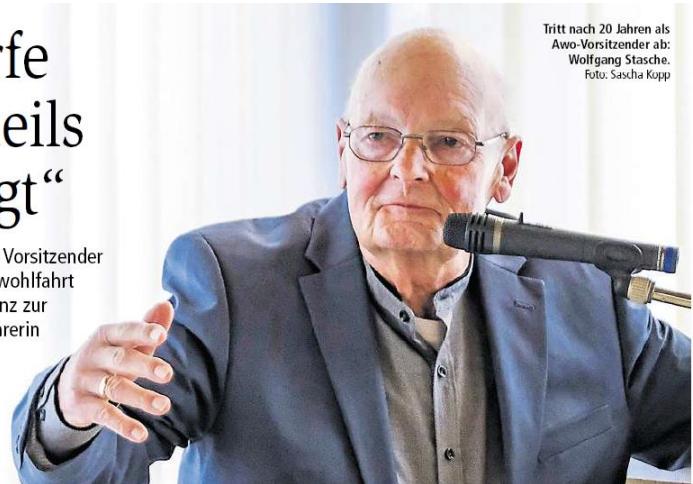
des Awo-Governance-Kodex müssen angewendet und das Gemeinnützigkeitsrecht muss beachtet werden“, sagt Stadler. Gibt es anderswo Dienstwagen oder eine Mietwohnung für Kreisvorstandsmitglieder? Diese seien grundsätzlich ehrenamtlich tätig, sagt Stadler. „Für die Vergütung von ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern gibt es feste Regeln. Darunter fallen auch geldwerte Vorteile in Form von Sachleistungen. Die Vergütung muss verhältnismäßig sein – auch um die Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden.“ Was jedenfalls nicht vereinbar mit dem Governance-Kodex sei, ist das „Rühenlassen“ eines Vorstandsmitmes, um einen Beratervertrag wahrzunehmen, wie das die Wirtschaftsprüfer

im Fall von Vorstandsvize Elke Wansner festgestellt hatten. Nicht im Einklang mit den Compliance-Regeln stehe auch die gleichzeitige Tätigkeit von Revisor Panagiotis Triantafyllidis als Compliance Officer. Auch der Awo-Bezirksverband Hessen-Süd fördert jetzt „eine rasche und sorgfältige Aufklärung“ der Vorwürfe. „Wir sehen es daher als erforderlich an, dass auch hinsichtlich des Kreisverbandes Wiesbaden ein innerverbandliches Prüfungsverfahren stattfindet“, sagt der Pressesprecher Swen Klingelhöfer. Man werde über die bisherigen Prüfaktivitäten hinaus, wenn möglich auch in enger Abstimmung mit dem Bundesverband, gemeinsam tätig werden.

GEHÄLTER NACH TARIF UND DIENSTWAGEN DER GOLF-KLASSE

► Das Gehaltsgefüge der Geschäftsführung der Awo Wiesbaden wird von den BDO-Wirtschaftsprüfern hinterfragt: Ob es im Vergleich zu anderen gemeinnützigen Einrichtungen angemessen sei. Ein Anlass, bei der Caritas Wiesbaden-Rheingau-Taunus (1139 Mitarbeiter) und dem Wiesbadener Diakonischen Werk (119 Mitarbeiter) nachzufragen. Die Caritas verweist auf eine Umfrage unter ihren hauptamtlichen Geschäftsführern

aus dem Jahr 2017. Da kam heraus, dass bei einer Unternehmensgröße von 500 bis 1000 Mitarbeitern, vergleichbar mit der Wiesbadener Awo (etwa 600 Mitarbeiter), den Chefs ein Jahresgehalt von 120.000 Euro (Median) bezahlt wird, bei über 1000 Mitarbeitern sind es 140.000 Euro. Die Regelung für Dienstwagen für die Geschäftsführung legt den Einkaufspreis seit 2015 auf höchstens 35.000 Euro fest. Der Dienstwagen der Caritas



Tritt nach 20 Jahren als Awo-Vorsitzender ab: Wolfgang Stasche. Foto: Sascha Kopp